

zu legen, intendiert die Direktive eine Verschiebung in der gängigen Rechtspraxis, nach der ein Geständnis oftmals höher bewertet wird als vorliegende Beweise. Da diese Praxis die Erpressung von Geständnissen durch Folter und Gewaltandrohung begünstigt, verweist die Direktive explizit auf das offizielle Verbot solcher Verhörmethoden. Des Weiteren hält das Dokument zu einem würdigeren Umgang mit Verurteilten an, so dass künftig die öffentliche Vorführung der Todeskandidaten in diskriminierender oder entwürdigender Weise zu unterlassen sei.

Um eine Standardisierung der Rechtsprechung und eine Umsetzung der Direktiven zu erreichen, wurde nach Angaben Xiao Yangs, Präsident des Obersten Volksgerichtshofes, bereits im Jahr 2006 mit einer Schulung von 5.500 Richtern begonnen.

Die Anweisungen markieren einen weiteren Schritt im Reformprozess der Todesstrafe, der bereits im Jahr 2004 durch Gesetzgebungspläne zu verbesserten Berufungsverfahren eingeleitet wurde und in der Gesetzesänderung vom 31. Oktober 2006 seine Fortführung fand (vgl. C.a., 6/2006:119). Damit wurde der langjährige Kritik entsprochen, die sowohl von chinesischen Rechtsexperten als auch von Menschenrechtsorganisationen an der Befugnis der Provinzgerichte geübt wurde, wonach diese zur Verhängung von Todesurteilen berechtigt waren.

Obgleich die Todesstrafe weiterhin Bestandteil der Rechtssprechung Chinas bleibt, sei eine Reduzierung der Hinrichtungen intendiert, so Liu Jiachen, ehemaliger Vizepräsident des Obersten Volksgerichts-

hofes. Offizielle Zahlen zu vollstreckten Todesurteilen liegen nicht vor, Schätzungen chinesischer Juristen gehen aber von ca. 8.000 Hinrichtungen jährlich aus. (XNA, 11., 13., 14., 15.3.07; FAZ, 13.3.07) (Philipp Hetmanczyk)

Bildung und Wissenschaft

Katrin Willmann

Hochschulreformen für mehr Praxisbezug

In einem Rundschreiben kündigte das chinesische Bildungsministerium im März 2007 an, weitere Schritte zur Steigerung der Bildungsqualität in Hochschulen und Universitäten unternehmen zu wollen. Damit sollen die Chancen der Absolventen auf dem Arbeitsmarkt verbessert werden.

Demnach werde angestrebt, an chinesischen Universitäten und Hochschulen die Verschulung des Unterrichtsangebots aufzuweichen, indem der Anteil der Wahlfächer erhöht werde. Ziel sei, die „praktischen und innovativen Fähigkeiten“ (XNA; 3.3.07) der Studenten zu fördern. Die tertiären Bildungseinrichtungen werden in dem Rundschreiben ferner dazu aufgefordert, mehr Möglichkeiten für Praktika und „gesellschaftliche Untersuchungen“ zu eröffnen. Weiterhin sollen die Studenten mittels eines neuen übergreifenden Bewertungssystems ermutigt werden, an Kursen anderer Hochschulen und Universitäten teilzunehmen.

Im Jahr 2006 konnten 1,24 Mio. Hochschulabsolventen keinen Arbeitsplatz fin-

den (C.a., 1/2007:117-119). Als größtes Handicap bei der Jobsuche gaben 52% der befragten Absolventen in einer aktuellen Umfrage die mangelnde Lebens- und Arbeitserfahrung an. Auch Arbeitgeber kritisieren seit langem den Missmatch zwischen den Qualifikationen der Anbieter und der tatsächlichen Nachfrage. (XNA; 3.3.07)

Größere Kontrolle über private Hochschulen

Nichtstaatliche Hochschulen und Universitäten geraten immer wieder aufgrund überzogener Studiengebühren und Werbebetrug in die Kritik. Wie zuletzt im Oktober 2006 berichtet wurde, entladen sich Studentenproteste an privaten Hochschulen zunehmend an zu hohen Studiengebühren, die aufgrund mangelhafter Qualität des Bildungsabschlusses nicht gerechtfertigt erscheinen (C.a., 6/2006:124-125; 6/2006:66-80).

Immer wieder locken private Hochschulen mit einer Angliederung an renommierte, staatliche Hochschulen und entsprechenden Diplomen. Häufig werden diese Zusicherungen jedoch nicht gewährleistet, was die Absolventen an den versprochenen guten Arbeitsmarktchancen zu Recht zweifeln lässt.

Das chinesische Bildungsministerium reagierte auf die Häufung solcher Fälle nun mit einem Rundschreiben, in dem es eine stärkere Überwachung der privaten Hochschulen ankündigte. Demnach soll sichergestellt werden, dass Einnahmen aus Studiengebühren überwiegend für Bildungsaktivitäten und die Verbesserung der Campusausstattung verwendet werden. Außerdem wurde eine Jahresabschlussprüfung

der Hochschulfinanzen eingefordert. Das Bildungsministerium hatte aufgrund zahlreicher Korruptionsfälle bereits im Februar dieses Jahres von den staatlichen Hochschulen und Universitäten Berichte über den Etat verlangt. Betrügerische Werbung, um die Attraktivität der privaten Hochschulen zu steigern, soll ebenfalls mit einer Geldstrafe von bis zu 30.000 CNY belegt werden. Die weitere Rekrutierung von Studenten würde in solchen Fällen ebenfalls untersagt. (XNA, 2.3.07)

Hochschulen bedroht von finanzieller Krise

Die bisher verfolgte Strategie einer enormen quantitativen Bildungsexpansion im tertiären Sektor, die im Jahr 1999 eingeleitet und erst 2006 revidiert wurde (C.a., 4/2006:66-80), hat nach Einschätzung von Abgeordneten des Nationalen Volkskongresses zu erheblichen finanziellen Problemen der Hochschulen geführt.

Nach Angaben des Bildungsministeriums waren Mitte der 1990er Jahre jährlich noch eine Million Schulabgänger für ein Studium zugelassen worden. Bis heute stieg diese Zahl auf jährlich fünf Millionen. Zur Bereitstellung der entsprechenden Infrastruktur (Schlafsäle, Mensen und Unterrichtsräume) sollen die Hochschulen hohe Bankkredite aufgenommen haben. Diese finanzielle Belastung könne nun einerseits zur Schließung einzelner Einrichtungen führen. Andererseits wirke sie sich auch negativ auf die weiteren Reformvorhaben zur Verbesserung der Bildungsqualität aus, z.B. durch Personaleinsparungen.

Chinesische Bildungsexperten riefen daher zu einer größeren finanziellen Un-

terstützung der Zentralregierung auf. Einige lokale Regierungen hätten bereits Maßnahmen zur Entschärfung der finanziellen Krise ergriffen. Die im internationalen Vergleich und im Verhältnis zum anhaltend hohen Wirtschaftswachstum niedrigen zentralstaatlichen Bildungsausgaben stehen ohnehin immer wieder in der Kritik. Das im Jahr 1993 gesetzte Ziel von 4% des BIP bis zum Jahr 2000 konnte bis zum Jahr 2007 immer noch nicht erreicht werden. Stattdessen erweiterte die Regierung den Zeitraum im vergangenen Jahr bis zum Jahr 2010. Die derzeitige Quote liegt gemäß des Bildungsberichtes 2006 bei 2,82% des BIP (C.a., 1/2007:112-113). Hoffnung gibt die Ankündigung von Finanzminister Jin Renqing anlässlich der Plenartagung des Nationalen Volkskongresses im März, diese Quote im Verlauf dieses Jahres auf über 3% zu steigern. Ermöglicht werde dies durch einen höheren Anteil der Zentralregierung. (XNA, 11.3.07; SCMP, 10., 16.3.07)

Neue Raumfahrtaktivitäten in 2007

Anfang Februar 2007 wurde der erste chinesische Navigationssatellit für das *Beidou*-Navigationssystem ins Weltall geschickt. Dieser steht in Konkurrenz zum GPS-System der USA und dem europäischen Pendant Galileo, an dem China ohnehin partizipiert.

Ferner meldete die chinesische Nachrichtenagentur *Xinhua* Anfang Februar, dass neben den Raumfahrtzentren in Jiuquan (Autonome Region Innere Mongolei), Xichang (Provinz Sichuan) und Taiyuan (Provinz Shanxi) ein viertes Zentrum auf

der südchinesischen Insel Hainan in Wenchang aufgebaut werden soll. Dort sollen nicht nur Satellitenabschüsse und die Raketenmontage stattfinden, sondern auch ein Kommandozentrum und ein Raumfahrt-Themenpark eingerichtet werden. Einen weiteren Hinweis auf zunehmende Raumfahrtaktivitäten der VR China gab auch die Meldung des Parteiorgans *Renmin Ribao* im März, wonach im Rahmen der ersten Phase des chinesischen Mondprogramms der erste Mondsatellit im September dieses Jahres ins Weltall geschickt werde. (FT, 5.2.07; XNA, 17.3.07; SCMP, 7.2.07; WSJ, 6.2.07)

Gesellschaft

Günter Schucher

NVK: Großes Gewicht auf sozialen Reformen

Ministerpräsident Wen Jiabao legte in seinem Regierungsbericht auf der 5. Sitzung des 10. Nationalen Volkskongresses (NVK) im März großes Gewicht auf soziale Erregenschaften sowie Reformen und ging auch auf konkrete Probleme ein. Damit entsprach er der neuen Entwicklungskonzeption der Hu-Wen-Führung, die in Abkehr von ihren Vorgängern erkannt hat, dass die alleinige Betonung wirtschaftlichen Wachstums zu sozialen Problemen führen könnte, die nicht nur der Entwicklung des Landes abträglich, sondern auch für die Stabilität der Regierung gefährlich werden könnten. Damit traf er auch den Nerv der Delegierten, die applaudierten, als Wen erklärte, die Regierung müsse für